Schuhmacher-Fachblatt

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Klarheit!

Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — **Abonnementspreis:** pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Gotha. Kreuzbandsendungen innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare à 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare à 1 Mk. 30 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt" steht in der Zeitungs-Preisliste unter Nr. 6778. — **Inserate** werden mit 25 Pf. die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33⅓ Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 12. **Gotha, 18. März** **1900.**

Hausindustrie und Betriebswerkstätten.

II.

Wir redeten im ersten Artikel von „Verlagsgeschäften". Der vorliegende Band beschäftigt sich damit in einem besondern Abschnitte, in dem darüber folgendes gesagt ist: „Ein großer Teil (der Inhaber von Verlagsgeschäften) sind selbst Hausindustrielle, die ihrerseits wiederum gewisse Teilarbeiten außer dem Hause in den Wohnungen ihrer Arbeitnehmer (Arbeiter) fertigen lassen. Diese hausindustriellen Arbeitgeber werden oft kleine Fabrikanten genannt, sind ihrem Wesen nach aber wirkliche Hausindustrielle, die den Rohstoff geliefert erhalten und das fertige Produkt an einen Käufer oder Verleger abgeben. Thatsächlich haben sie denn auch die Frage, ob sie zu Hause für fremde Rechnung (für ein Geschäft u. s. w.) arbeiten, in der Regel bejaht. Diese Klasse findet sich in einer Reihe von Gewerben, so in der Strickerei und Wirkerei, in der Spielwarenfabrikation aus Papiermaché und Leder, auch in der Korbmacherei, der Zigarrenindustrie und andre mehr.

Eine zweite Art von Arbeitgebern, die einige wenige Hausindustrielle beschäftigen, sind kleine Handwerksmeister, die außer dem Hause einen oder einige Platz- oder Sitzgesellen beschäftigen. Auch diese Handwerker erscheinen als hausindustrielle Arbeitgeber (Unternehmer), da sie ja wirklich Personen außerhalb der Betriebsstätten beschäftigen. Besonders ausgebildet ist das Sitzgesellenwesen bei den Schuhmachern und Tischlern; so beschäftigen in der Schuhmacherei von den Verlagsgeschäften 79,4 Prozent (1600 von 2015, siehe auch die dritte Tabelle im ersten Artikel), also nahezu vier Fünftel, in der Tischlerei fast neun Zehntel weniger als zehn Personen außerhalb ihrer Betriebsstätte. Der durchschnittliche Umfang aller Unternehmungen, welche in diesen Gewerben Hausindustriellen Arbeit geben, ist dementsprechend gering, so in der Tischlerei 6,3." Eigentlich seien diese Gruppen, wird weiter dazu bemerkt, keine Verlagsunternehmungen, vielmehr nur Glieder in der Organisation dieser Unternehmungsform.

In den allgemeinen Bemerkungen zu der Statistik über die Hausindustrie wird konstatiert, daß wichtige Gewerbe dieser Betriebsform einem offensichtigen Verfall entgegen gehen. „Falsch wäre es jedoch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß die Hausindustrie überhaupt eine absterbende Betriebsform sei. In einer Reihe von Gewerbezweigen erfreut sie sich vielmehr einer lebhaften Entwickelung, vor allem in der Tabakfabrikation, der Schuhmacherei, Tischlerei, Konfektion, Korbmacherei, Haarflechterei, Böttcherei, Drechslerei, Uhrmacherei, Spitzenverfertigung und Weißzeugstickerei, Woll- und Baumwollfärberei 2c., Sattlerei, Kürschnerei und andere mehr. Die Ursachen für die Ausdehnung der hausindustriellen Produktion sind mannigfacher Art.

In gewissen Produktionszweigen erscheint es für den Fabrikanten rentabler, die Arbeit in die Hausindustrie zu vergeben; sie erspart ihm Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Heizung, Lüftung und Instandhaltung der Arbeitsräume, sowie für Aufsichtspersonal, erlaubt ihm, niedrige Arbeitslöhne zu zahlen und macht ihm — von wenigen Hausindustriezweigen abgesehen — keine Auflagen in Bezug auf Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung; überdies verringert er sein Risiko bei Geschäftskrisen, da er in der Hausindustrie nur umlaufendes, kein stehendes Kapital verwendet und demgemäß nicht für die dauernde Rentabilität eines fest angelegten Kapitals, also auch nicht für die kontinuierliche Beschäftigung von Arbeitern zu sorgen braucht."

Diese letzten Sätze enthalten die Gründe, aus denen die Unternehmer die Hausindustrie einem eigenen Betriebe vorziehen und zwar gelten diese Gründe für die größern Unternehmer gleichermaßen wie für die kleinen Handwerksmeister. Bei den letztern spielt vielfach der fortschreitende Niedergang des Schuhmacherhandwerks noch eine weitere Rolle, mancher Meister vermag nicht, das ganze Jahr einen Gehilfen zu beschäftigen und so gibt er die neue Arbeit, die er dann und wann zu machen hat und für deren Selbstanfertigung ihm die Zeit oder manchmal auch die nötige berufliche Tüchtigkeit fehlt, einem Heimarbeiter, der seinerseits vielleicht noch für mehrere andre Meister arbeitet und auch Aufträge für eigne Rechnung, d. h. für seine eignen Kunden ausführt. Andre Meister beschäftigen einen oder mehrere Gehilfen in der eigenen Werkstatt, aber außerdem auch noch einen oder mehrere Heimarbeiter und das gleiche kommt auch bei den Fabrikanten vor, die eigenen Fabrikbetrieb haben und daneben auch noch Heimarbeiter beschäftigen. Die bisher von uns unter dem Titel: „Bilder aus der Schuhindustrie" veröffentlichte Artikelserie sowie die in den letzten Nummern dieses Blattes veröffentlichten Artikel über die Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie im Jahre 1899 bieten wertvolle Illustrationen zu dem heutigen Meisterwesen, zu dem innern, wirtschaftlichen und sozialen Werte der Innungen, zu dem Zusammenhang der Hausindustrie mit der Schuhindustrie und sie lassen auch die schlechten Erwerbsverhältnisse der Heimarbeiter erkennen.

Man kann daher sagen, daß die Heimarbeit für die Arbeiter gerade so viele Nachteile als für die Unternehmer Vorteile bietet. Die meistens ärmliche und kleine Wohnung des Heimarbeiters, in den Städten gewöhnlich in den Hinterhäusern und zwar im Keller oder unter dem Dache gelegen, ohne Sonnenschein und frische Luft und ohne genügendes Tageslicht, ist zugleich die Werkstatt; hier wird gelebt und gearbeitet, gekocht, gewaschen und gegessen, geboren, krank gelegen und gestorben. Von den 10 Kubikmetern Luftraum, welche die Hygieine (Gesundheitslehre) als Minimum für Arbeits- und Wohnraum fordert, ist in den Stätten der Heimarbeiter keine Spur vorhanden; oftmals entfallen kaum mehr als drei Kubikmeter Luftraum auf eine Person. An der Thüre des Heimarbeiters findet die so schwer erkämpfte und nachgerade von aller Welt für dringend notwendig gehaltene Arbeiterschutzgesetzgebung ihre Grenze. Hier wird 12, 14, 16 bis 18 Stunden gearbeitet; hier kennt man nur die Pausen der Beschäftigungslosigkeit; hier wird die ganze Familie mit in den Dienst der Lohnarbeit gepreßt und dem zarten Kinde schon, der Jugend die Freude und der Sonnenschein der sonst so glücklichsten Zeit des menschlichen Lebens geraubt; hier wird das Elend zum Normalzustand und unter dessen wuchtigem Druck jeder entschlossene Wille und jede männliche Thatkraft gebrochen. Hier werden vom beständigen Elend, von der beständigen Ueberanstrengung und durch die Abgeschlossenheit von der übrigen Welt, von den übrigen Berufsgenossen und der ganzen menschlichen Gesellschaft die willenlosen Lohnsklaven geknetet, die sich von einem skrupellosen und gewinnsüchtigen Ausbeutertum alles widerstandslos bieten lassen, selbst die weitere Reduktion der ärgsten Hungerlöhne geduldig und ohne zu murren hinnehmen.

Diese moralisch kastrierten Lohnsklaven bieten eine öffentliche Gefahr für die ganze übrige Arbeiterschaft. Sie gehören in der Regel keiner Arbeiterorganisation an und kümmern sich um das Streben und Kämpfen der Kollegen nichts; sie leben nur für sich als die reinsten Individualisten und wirtschaftlich-sozialen Anarchisten. Bei ihnen hat die Solidarität gerade so eine Grenze, wie der gesetzliche Arbeiterschutz. Diese so tief stehenden Heimarbeiter — selbstverständlich gibt es auch hier erfreuliche Ausnahmen, wie es denn überhaupt keine Regel ohne solche gibt — schädigen auch die solide Geschäftsführung, indem sie mit ihrer verdammten Bedürfnislosigkeit und Willenlosigkeit die Schmutzkonkurrenz niedrig stehender Unternehmer fördern und ermöglichen und dadurch auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Fabriken drücken.

Es ist daher eine wahrhaft sittliche, gemeinnützige und kulturelle Forderung: „Abschaffung der Hausindustrie und Errichtung von Betriebswerkstätten, beziehungsweise von Fabrikkolkalitäten." Unsre Kollegen sollten sich angelegen sein lassen, an allen Orten, wo die Heimarbeit nur einigermaßen vertreten ist, die Agitation für deren Abschaffung zu beginnen und erfolgreich durchzuführen. Mit einem kleinen und aufklärenden Flugblatt in der Hand sollten alle uns fernstehenden Heimarbeiter in ihren Wohnungen aufgesucht und da auch noch mündlich und auf kollegialisch-freundschaftliche Weise unterrichtet und zur Versammlung eingeladen werden. An die Unternehmer stelle man die Forderung der Einrichtung von Arbeitslokalen. In größern Städten, wo eine Anzahl von Gehilfen als Heimarbeiter für kleine Meister thätig sind, suche man seitens der Organisation Zentralwerkstätten zu errichten und verlange man von den Meistern entsprechende Lohnzuschläge zu den geltenden Ortstarifen für die Heimarbeit. Selbstverständlich muß darnach getrachtet werden, alle Heimarbeiter in unsre Organisation hineinzubringen, damit sie moralische und praktische Solidarität lernen und von der Verwerflichkeit der Hausindustrie immer fester überzeugt werden.

Auch unsre englischen Kollegen haben jahrelang gegen die Hausindustrie gekämpft und dabei manchen schönen Erfolg und Fortschritt erzielt, so in den Schuhzentren Leicester und Northampton ihre vollständige Beseitigung, in London eine starke Einschränkung. Weniger glücklich waren in ihren bezüglichen Kämpfen unsre Kollegen in Wien, wo leider ganze Massen von Schuhmachern durch die Heimarbeit völlig versumpft und verelendet sind.

In Deutschland sind seit Jahren auch in andern Gewerben die Arbeiter am Werke, die Hausindustrie zurückzudrängen und sie eventuell ganz zu beseitigen, so z. B. die Schneider und die Handschuhmacher, die auch bereits Erfolge zu verzeichnen haben.

Neben dem selbsthilflerischen Streben nach Beseitigung der Hausindustrie durch die Agitation und Organisation ist auch die Staatshilfe in Anspruch zu nehmen, durch die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen, der Arbeiterversicherungen, der Fabrikinspektion 2c. auf die Hausindustrie. Die Ausdehnung der Versicherungen auf dieselbe steht in Aussicht; für die Ausdehnung der Fabrik- und Gewerbeinspektion auf dieselbe hat sich jüngst im bayrischen Landtage der Minister Freiherr v. Feilitsch ausgesprochen, gleichzeitig auch für die Errichtung von Betriebswerkstätten. Durch die Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf dieselbe muß es den wütigsten Ausbeutern unmöglich gemacht werden, auf Kosten des tiefsten Elends immer reicher zu werden und anständigen, soliden Unternehmern die ärgste Schmutzkonkurrenz zu machen.

Darum Kollegen in ganz Deutschland an die Arbeit gegen die verwerfliche Hausindustrie, wodurch unsre sonstige Agitation nur noch reichhaltiger, wirksamer und erfolgreicher werden kann. Die Forderung nach der Abschaffung der Hausindustrie stellt uns eine wichtige soziale und kulturelle Aufgabe, deren befriedigende Lösung des Schweißes der Edelsten und Besten wert und an der mitzuarbeiten für unsre Kollegen eine Pflicht der Selbsterhaltung ist.

Aus unserm Beruf.

— **Tuttlingen.** **Die am 12. März tagende Schuhfabrikarbeiter-Versammlung beschloß am Montag, den 13. März die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor die Forderungen nicht bewilligt sind. Die Versammlung war von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen besucht. Ein Delegierter des Vorstandes des Vereins deutscher Schuhmacher ist nach Tuttlingen abgereist und hoffen wir, daß es bei gegenseitigem Entgegenkommen gelingt, den Massenstreik zu verhüten, weshalb wir uns auch heute noch enthalten, um eine eventuelle Verständigung nicht zu gefährden, über den drohenden Kampf zu schreiben.**

— **Barmen.** Wie bekannt, hatten wir im verflossenen Herbst unsre Lohnbewegung vertagt, weil eine Einigung mit den Meistern nicht zustande kam und uns die Zeit nicht geeignet erschien, in einen Streik einzutreten. Vor kurzem fand nun eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit der Durchführung unsrer gestellten Forderungen befaßte. Kollege Simon, auf einer Agitationstour begriffen, hielt einen Vortrag über: „Gewerkschaftsbewegung eine Kulturnotwendigkeit". Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. Hierauf kam die Lohnbewegung zur Sprache, welche eine lebhafte Diskussion hervorrief. Sämtliche Kollegen sprachen sich dahin aus, daß es jetzt an der Zeit sei, mit unsern Forderungen aufs neue an die Meister heranzutreten und dieselben energisch zur Durchführung zu bringen. Da die Zeit schon weit vorgerückt war, wurde beschlossen, einige Tage später die nochmals revidierten Forderungen einer Versammlung vorzulegen, was des weitern veranlaßt wurde. In dieser Versammlung wurde der Tarif von sämtlichen Kollegen anerkannt, und die Kommission beauftragt, denselben den Meistern zuzustellen und bis zum 15. März Antwort zu verlangen. Die Forderungen lauten außer einer kleinen Erhöhung der Accordlöhne auf den zehnstündigen Arbeitstag, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, Lieferung der Fournituren, 20 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, Minimalwochenlohn 21 Mk. In der nun stattgefundenen Innungsversammlung wurden unsere Forderungen rundweg abgelehnt und that sich der Herr Ex-Obermeister Hartnack besonders darin hervor, daß er unsere Forderungen als unannehmbar hinstellte, worin er von dem bekannten Meister Maier rühmlichst unterstützt wurde. Kollegen von Barmen, nun ist es an euch, zu zeigen, daß wir nicht länger gewillt sind, uns diese Behandlung gefallen zu lassen, wenn wir geschlossen für unsre gemeinsamen Interessen eintreten, dann werden die Meister schon andre Saiten aufziehen. Am Montag, den 19. März findet im „Gewerk-

schaftshaus“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Zeitpunkt festgesetzt wird, wann die Kündigung einzureichen ist. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen, denn nur ein geschlossenes Vorgehen kann uns zum Siege verhelfen. An die übrigen Kollegen, besonders an die umliegenden Zahlstellen richten wir die dringende Bitte, den Zuzug von Schoßarbeitern nach Barmen fernzuhalten.

— **Dresden.** Wegen der bevorstehenden Lohnbewegung der Schoßarbeiter ist der Zuzug nach Dresden fernzuhalten.

— **Freiburg i. B.** Da wir hier in einer Lohnbewegung stehen, so ist der Zuzug nach hier vorläufig fernzuhalten.

— **Sezemitz** (Böhmen). Der Streik in der Schuhfabrik von Glasner u. Stein dauert ungeschwächt fort. Ein bei Schuhmachern in Böhmen noch nie dagewesenes solidarisches Ausharren bewahren die Streikenden; nach der fünften Streikwoche wurde noch kein einziger zum Streikbrecher.

— **Wie die Schuhfabrikanten über den Wert der Organisation denken.** Anläßlich ihres Stiftungsfestes haben die Berliner Schuhfabrikanten ihrem Kollegen Schlizweg, dem Begründer des Berliner Fabrikantenverbandes, eine Adresse überreicht, in der sie erklären, daß er sich durch diese organisatorische Schöpfung „dauernden Dank und Anerkennung seiner Berufsgenossen erworben habe . . . Durch unsre Satzungen, die in hervorragender Weise Ihr Werk sind und die vorbildlich für unsern Geschäftszweig draußen im Reich geworden sind, haben wir erkannt, was Einigkeit zu vollbringen vermag . . . Die Kollegialität unter den Schuhfabrikanten ist durch das Wirken des Verbandes wesentlich gefördert und auch das Verhältnis der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern ist ein befriedigendes geworden.“ Diese Worte sollten unsre Kollegen, sollten die Arbeiter beherzigen und das gute Beispiel der Fabrikanten nachahmen. Die Arbeiter haben die Organisation noch viel nötiger als die Fabrikanten, denn unorganisierte Arbeiter sind uneinige und ohnmächtige Arbeiter.

— **Der Vorstand der Berufsgenossenschaft für die Bekleidungsindustrie** hat das Tagegeld für die Delegierten, Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Mitglieder der Schiedsgerichte, wenn sie außerhalb ihres Wohnortes thätig zu sein haben, von 12 auf 15 Mk. erhöht. Betreffend die Schutzvorrichtungen an Stanzmaschinen heißt es in dem veröffentlichten Sitzungsberichte: „Das an die Mitglieder der Schuhwarenindustrie über die Schutzvorrichtung an Stanzmaschinen nebst einer Zeichnung versandte Zirkular hat zu verschiedenen Anfragen Veranlassung gegeben; hauptsächlich richten sich dieselben auf die Angabe einer Fabrik, bei welcher die Schutzvorrichtung zu bestellen ist, sowie auf den Umstand, daß die Schutzvorrichtung nur für Exzenterpressen, wie sie nicht überall, z. B. nicht in Pirmasens üblich sind, berechnet ist. Was die Herstellung der Schutzvorrichtung betrifft, so hat der Vorstand angenommen, daß dieselbe wegen ihrer Einfachheit ohne Schwierigkeit überall angefertigt werden könne. Um indeß die Vorteile einer Masseneinstellung den Mitgliedern zugänglich zu machen, hat es das Vorstandsmitglied, Herr E. Heimann in Schweinfurt, übernommen, diese Maßnahme in die Wege zu leiten; derselbe wird überhaupt die sämtlichen, an den Vorstand in dieser Angelegenheit gerichteten Zuschriften direkt erledigen.

— **Französische Schuhwaren** wurden im Jahre 1899 für 19,39 Millionen Franken ausgeführt, um eine halbe Million mehr als 1898. Eingeführt nach Frankreich wurden für 1155200 Fr.

— **Amerikanische Schuhwaren** wurden 1899 aus den Vereinigten Staaten im Werte von 14673740 Mk. gegen 7777692 Mk. im Jahre 1898 ausgeführt. Die Ausfuhr hat sich also im vorigen Jahre dem Werte nach verdoppelt, was beweist, wie erfolgreich die Exportbestrebungen der amerikanischen Konsuls und Fabrikanten waren.

— **Die Schuhfabrikation macht auch in Südamerika Fortschritte.** In der uruguayschen Hauptstadt Montevideo beschäftigt eine Schuhfabrik zirka 300 Arbeiter, außerdem noch eine Anzahl Heimarbeiter; im Betrieb ist eine 35pferdige Dampfmaschine und eine Dynamomaschine; eine zweite Fabrik ebendaselbst beschäftigt 108, meist weibliche, Arbeiter und hat eine Dampfmaschine von 60 Pferdekräften, sowie ebenfalls elektrische Beleuchtung.

Preiserhöhungen und Lohnreduktionen in der Schuhindustrie.

Ein merkwürdiges Schauspiel bietet seit Monaten die deutsche Schuhindustrie dem Beobachter dar: auf der einen Seite finden fortgesetzt Preiserhöhungen und auf der anderen Seite ebenso fortgesetzt Lohnreduktionen statt. Ist so etwas unerhörtes schon jemals in einer Industrie beobachtet worden?

Als im vorigen Sommer die Lederpreise stiegen und das Fabrikantenorgan zur Sammlung und zur Erörterung der Frage der Preiserhöhung auffrief, schlossen wir uns diesem Appell an. Die Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme veranlaßten, sind wiederholt in diesem Blatte dargelegt worden. Einmal wollten wir dadurch verhindert wissen, daß die Erhöhung der Lederpreise von gewissen- und rücksichtslosen Unternehmern auf die ohnehin miserabel entlohnten Arbeiter in Gestalt von Lohnreduktionen abgewälzt wird; sodann glaubten wir, daß die Sammlung der Fabrikanten zu einer wesentlichen Einschränkung und Zurückdrängung der Schmutzkonkurrenz führen könnte und endlich trüpften wir daran die Erwartung, daß die Besserung der Konkurrenz- und Preisverhältnisse zu einer Erhöhung der Arbeitslöhne und Verbesserung der übrigen Arbeitsbedingungen führen wird.

Die Kampagne sah anfangs sehr trost- und hoffnungslos aus. Allein allmählig fanden die Fabrikanten den Weg der Verständigung und nun sagte in allen Teilen des weiteren deutschen Reiches eine Preiserhöhung die andere. Seitdem ist an zahlreichen Orten, namentlich in den Industriezentren Weißenfels, Tuttlingen 2c. zum zweiten male Preiserhöhung dekretiert und mit Erfolg durchgeführt worden. Dabei ging es wunderbar einfach zu. Die nun organisierten Fabrikanten setzten auf die Tagesordnung ihrer Versammlung die Preisfrage, diskutierten und resolvierten eine entsprechende Preiserhöhung, die dann den Abnehmern, den Schuhhändlern, etwa in folgender Form notifiziert wurde: „Unsern geehrten Abnehmern wird es nicht unbekannt geblieben sein, daß seit Beginn dieses Frühjahrs eine wesentliche Preissteigerung aller Ledersorten eingetreten, deren Ende noch nicht abzusehen ist . . . . Wir haben daher, um unseren Abnehmern den Uebergang zu höheren Preisen zu erleichtern, beschlossen: vorläufig die sehr mäßige Preiserhöhung von 5 Prozent eintreten zu lassen. Möge die geehrte Kundschaft sich stets vor Augen halten, daß man für billigeres Geld nur schlechter hergestellte Ware erhalten kann 2c.“ Eine andere Form lautete:

„Hierdurch gestatten wir uns, Ihnen die ergebene Anzeige zu machen, daß wir uns veranlaßt sehen, die Preise unserer Fabrikate um 50 Pfg. per Paar zu erhöhen, für alle Aufträge, welche bei uns nach dem 1. Januar 1900 eingehen.

Die fortwährend steigenden Preise für Leder und Fournituren zwingen uns zu dieser Preiserhöhung, da wir nicht von unserem seitherigen Prinzip, nur erstklassiges Material zu verarbeiten, abgehen werden.“

Selbstverständlich stand hierbei der Vorstand des Fabrikantenverbandes nicht zurück. Er erließ unterm 3. Oktober 1899 ein Rundschreiben an die Kundschaft, in dem es nach vorausgeschicktem Hinweis auf die Erhöhung der Lederpreise u. a. hieß: „Die Schuh- und Schäftefabrikanten haben, so lange dies irgend möglich war und soweit es ihre alten Ledervorräte einigermaßen zuließen, mit einem Aufschlag zurückgehalten. Heute, wo bereits von allen Seiten weitere Preiserhöhungen für Leder verlangt werden, ist es zur Unmöglichkeit geworden, zu seitherigen Preisen weiter zu liefern und es muß von jetzt ab auch bei Schuhen und Schäften notwendigerweise ein Preisaufschlag Platz greifen.“

Ein Vierteljahr später, unterm 15. Januar 1900, erfolgte seitens des Fabrikantenverbandes die zweite Aktion. Auch in dieser Bekanntmachung wird zuerst auf weitere Erhöhung der Lederpreise, der Futter- und Fournituren preise hingewiesen und dann erklärt: „Angesichts dieser überaus schwierigen Lage waren die vereinigten Schuh- und Schäftefabrikanten gezwungen, zu beschließen, daß sie die Preise ihrer Fabrikate abermals und zwar mit Wirkung vom 15. Januar erhöhen müssen, was wir Ihnen hierdurch zur Kenntnis bringen. Bei dieser Gelegenheit richten wir an unsere Abnehmer die dringende Mahnung, aus ihren günstigen Abschlüssen per Frühjahr doch den gebührenden Vorteil zu ziehen, indem sie ihre Verkaufspreise der heutigen Marktlage gemäß erhöhen. Voraussichtlich treten in nächster Zeit weitere Erhöhungen ein, welche die Lage des Händlers wie des Fabrikanten noch weit schwieriger gestalten.“

Dem guten Beispiele der Fabrikanten folgten an zahlreichen Orten die Schuhmachermeister und zwar diese wie jene mit dem besten Erfolge. Die Schuhhändler diskutierten in ihren Versammlungen das Vorgehen der Fabrikanten und, weit davon entfernt, darüber in Aufregung und Wut zu geraten, beschlossen sie einfach entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise. In einer bezüglichen Versammlung in Fürth sagte ein Redner: „Es handle sich nicht darum, gegen die Fabrikanten Stellung zu nehmen und ihnen einfach zu sagen: „Wir zahlen die erhöhten Preise nicht.“ Das geht nicht. Die Frage ist, wie wir uns den Kunden gegenüber stellen wollen, es handelt sich darum, einen Ausweg zu finden, um auch unseren Abnehmern gerecht zu werden.“

Ein anderer Redner derselben Versammlung meinte: „Man solle erst mit einem kleineren Aufschlag beginnen und nach und nach in die Höhe gehen. Unsinn sei es zu sagen: „Wir zahlen die erhöhten Preise nicht,“ dadurch würde man sich in das eigene Fleisch schneiden. Der Fabrikant würde dann einfach schlechtere Qualität liefern. Auch am Aufschlag müsse der Schuhhändler verdienen. Wenn der Schuh 50 Pfg. mehr kostete und der Händler arbeitete mit 25 Prozent, so müsse der Aufschlag 62—65 Pfg. betragen.“

Nun arbeitete alles einträchtig zusammen, um die Preiserhöhungen glatt durchzuführen: Die Lederfabrikanten und die Lederhändler, die Schuhfabrikanten und die Schuhhändler und die — Presse. Ja, dieselbe kapitalistische Presse, die gegen jede Lohnforderung von Arbeitern Feuer und Schwefel speit, beeilte sich, auf Ersuchen der Fabrikanten und Händler, die Fleisch von ihrem Fleische sind und die ihnen durch Inserate Verdienst und Gewinn zukommen lassen, dem Publikum die Preiserhöhung für Schuhwaren mundgerecht zu machen und als vollberechtigt erscheinen zu lassen.

Mit welchem Erfolge die Schuhfabrikanten die Preiserhöhungen durchgeführt haben, zeigen die Abrechnungen der Aktiengesellschaften, die an ihre fleißigen Aktionäre 10 bis 12 Prozent Dividenden verteilen!

Was hatten aber die Arbeiter von der ganzen Kampagne? Die Antwort auf diese Frage gibt der in Nr. 8 d. Bl. enthaltene Leitartikel, wonach im verflossenen Jahre an 32 Orten in den Schuhfabriken Lohnreduktionen stattgefunden haben! Die Fabrikanten erhöhen die Warenpreise und stecken die fetteren Gewinne ein, den Arbeitern aber reduzieren sie noch weiter die ohnehin miserablen Arbeitslöhne. Es gibt offenbar in der ganzen deutschen Industrie keine so geduldigen und lammesfrommen Arbeiter wie die Fabrikschuhmacher. Aber mit dem Jahreswechsel hat nicht etwa dieses empörende Gebahren der Fabrikanten aufgehört, im Gegenteil! Seit Neujahr ist abermals eine ganze Reihe von Lohnreduktionen vorgekommen und es vergeht keine Woche, da nicht von solchen berichtet wird. Nicht einmal die bekannten preußischen Junker behandeln die Arbeiter mit solchem blutigen Hohn, wie die Schuhfabrikanten ihre Arbeiter.

Das kann und darf nicht so weiter gehen! Was den Fabrikschuhmachern dringend nottut, ist eine allgemeine Lohnerhöhung auf der ganzen Linie, eine Erhöhung aller Löhne um 10 bis 15 Prozent und wenn wir die Kollegen auffordern, überall auf die Erreichung dieser notwendigen Lohnerhöhung hinzuwirken, so thun wir nur dasselbe für die Arbeiter, was der „Schuhmarkt“ und der Fabrikantenverband mit ihren Aufrufen und Aufforderungen in Sachen der Preiserhöhung für Schuhwaren zu gunsten der Fabrikanten gethan haben.

Die Arbeitslöhne der Schuhmacher sind niedrig und sehr verbesserungsbedürftig, das weiß nachgerade die ganze Welt. In Tuttlingen wurde anläßlich der jetzigen Lohnbewegung in einer großen, von 1000 Kollegen besuchten Schuhmacherversammlung auf Grund der Lohnlisten nachgewiesen, daß der wöchentliche Durchschnittsverdienst von 55 Zwickern 13,88 Mk., für andere Arbeiter 14,50 bis 15,50 Mk. beträgt, wovon aber 1 bis 1,20 Mk. für Fournituren abgehen! Bekanntlich fordern die Tuttlinger Kollegen eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Wie viel macht dies die Woche aus? Auf die vorstehend angegebenen Durchschnittslöhne 1,38 Mk. bis 1,45 Mk. und 1,55 Mk., täglich 23 bis 26 Pfg. Ist das eine unberechtigte und unbescheidene Forderung? Gewiß nicht!

Was die Berechtigung der Forderung nach Lohnerhöhung betrifft, so weisen wir nur analog dem Vorgehen der Fabrikanten darauf hin, daß seit Jahren alles teurer geworden ist: Die Wohnung, die Lebensmittel, Kleidung und Wäsche, Steuern, alle andern gewerblichen Produkte, deren man zum Leben bedarf 2c. In welchem Maße alles teurer geworden ist in den letzten Jahren, zeigt nachstehende kleine Tabelle, wonach kosteten:

		1895		1899
1000 kg	Roggen	Mk. 117.03	Mk.	149.85
1000 „	Weizen	„ 139.95	„	152.59
100 „	Roggenmehl	„ 16.67	„	19.50
100 „	Weizenmehl	„ 20.71	„	21.50
100 „	Reis	„ 17.20	„	21.25
1000 „	Kartoffeln	„ 41.63	„	37.50
100 „	Rindfleisch	„ 109.66	„	118.—
100 „	Schweinefleisch	„ 90.13	„	94.50
1 t*)	Heringe	„ 32.29	„	49.50
100 kg	Butter	„ 184.75	„	220.—
100 „	Schmalz	„ 63.57	„	61.75
1000 „	Gerste	„ 116.17	„	132.50
100 „	Zucker, Raffin.	„ 45.72	„	48.63
100 „	Rohtabak	„ 61.75	„	116.25
100 „	Wolle	„ 223.08	„	335.—
100 „	Baumwolle	„ 72.92	„	75.35
100 „	Petroleum	„ 13.48	„	15.94

Einzig Kartoffeln und Schmalz notierten 1899 etwas niedriger als 1895, alle übrigen 15 Artikel sind zum Teil ganz erheblich gestiegen. In Berlin kostete 1895 ein Pfund Roggenbrot 20,63 Pfg., 1899 24,31 Pfg., das Pfund Weizenbrot 34,51 bezw. 41,70 Pfg., das Pfund Weizenmehl 20,71 bezw. 22 Pfg. 2c. (Soziale Praxis Nr. 23, 1900. Dr. Hirschberg über die Brotpreise in Berlin im Jahre 1899.) Daß die Lebensmittel- und Warenpreise in der Provinz nicht billiger sind, als in der Hauptstadt, hat in seinem letzten Jahresberichte der württembergische Fabrikinspektor Hochstetter nachgewiesen.

Wie stellen sich aber die Fabrikanten zu der geforderten Lohnerhöhung? Im Gegensatz zu der loyalen und entgegenkommenden Haltung der Schuhhändler ihren Preiserhöhungen gegenüber, lehnen die Schuhfabrikanten getreu ihrer alten gewohnten Haltung gegen die Arbeiter protzig und brutal jedes Entgegenkommen ab und antworten mit Maßregelung und Aussperrung. Dieser empörende Unternehmerhochmut muß einmal durch die Macht der Organisation gebrochen werden, die deutschen Schuhfabrikanten müssen von den organisierten Arbeitern dazu erzogen werden, daß sie mit ihnen ebenso anständig und achtungsvoll verhandeln, wie die englischen Fabrikanten mit ihren Arbeitern.

*) 1 Tonne = 20 Zentner.

Wir kommen zum Schlusse und rufen den deutschen Schuhmachern zu: Rafft euch auf und duldet keine einzige Lohnreduktion mehr, steht fest, Mann an Mann und Schulter an Schulter zusammen und fordert überall Lohnerhöhung, die Preis- und Konkurrenzverhältnisse in der Schuhindustrie sind soweit gebessert, daß auch ihr endlich an eine kleine Besserung eurer Lohn- und Arbeitsverhältnisse denken könnt. Darum aber auch alle Kollegen hinein in den Verein deutscher Schuhmacher. Denn nur Einigkeit macht stark und führt zum Ziele!

Einiges zur Generalversammlung.

Die Generalversammlung in Mainz hat im Interesse des Vereins zwei neue Einrichtungen getroffen. Die eine davon, die Arbeitslosenunterstützung, ist, wenigstens in dieser Form, gänzlich verunglückt und nicht lebensfähig. Dagegen scheint die Krankenzuschußkasse mehr dem Bedürfnis der Mitglieder entsprochen zu haben. Bei der Agitation für den Verein kommt sie uns wesentlich zu statten. Das in Mainz geschaffene Statut zeigt aber den Stempel der Unfertigkeit und Ueberhastung, das der Vorstand denn auch bald in seinem wichtigsten § 5 umändern mußte.

Für die Generalversammlung in Magdeburg hat dieselbe auch ein neues Statut ausgearbeitet. In dem § 1, Abs. 2 wird gesagt: In zweifelhaften Fällen „kann“ ein ärztliches Gesundheitszeugnis verlangt werden.

Das Wörchen „kann“ in Statuten und Gesetzen ist das niederträchtigste, was ich mir nur denken kann. Das läßt sich zu allem gebrauchen. Und wie sieht es damit in der Praxis aus? Sehen wir ganz ab von Ungerechtigkeiten, die damit von Bevollmächtigten gegen unliebsame Personen begangen werden können.

Wie aber wird der Bevollmächtigte „in zweifelhaften Fällen“ entscheiden. Er wird, wie alle Laien, bei Personen, die mager und blaß aussehen, ein Attest verlangen und bei anderen mit roter Gesichtsfarbe sich sagen, der ist gesund und wird ihn einfach aufnehmen. Nun hat aber die Erfahrung schon gelehrt, daß die ersteren sehr gesund, während die letzteren sogar mit unheilbaren Krankheiten behaftet sein können. So kann hier dem einen ganz unrechterweise Zeitversäumnis und Kosten auferlegt werden, während andere davon verschont bleiben.

Nun wird man sagen, und die Bevollmächtigten werden sich damit auch immer decken, daß ja jeder Eintretende auf dem Aufnahmeschein durch Unterschrift erklären muß, daß er zur Zeit der Aufnahme gesund ist. Aber dies ist das größte Unrecht und ganz unhaltbar. Das ist nach berühmtem Hamburger Muster einfach abgeschrieben worden. Ich bestreite dem Vorstand überhaupt das Recht, eine so wichtige Bestimmung neben dem Statut zu treffen. Das kann von der Generalversammlung gar nicht gewollt sein, jedenfalls gehört sie ins Statut.

Wie stehts nun praktisch damit aus. Nehmen wir nur einmal die Lungentuberkulose, die ja auch bei den Schuhmachern in hohem Grade haust. Die Metallarbeiterzeitung brachte im Herbst 1897 einen Artikel, welcher einer medizinischen Zeitschrift entnommen und von Professor Leiden verfaßt war. Darin wird gesagt, daß die Aerzte auf dem Seziertische bei jeder 3. Leiche tuberkulose Ablagerungen, neue oder veraltete, fänden, ja daß bei auf der Straße oder am Bau verunglückten Personen, die bis dahin blühend und gesund aussahen, auf dem Seziertische in deren Lungen die Tuberkulose festgestellt wurde. In Paris sind durch Durchleuchtung mit Röntgenstraçlen tuberkulose Veränderungen der Lunge festgestellt worden, die vorher durch physikalische Untersuchungen nicht gefunden wurden. Es gibt Fälle, die im Anfangsstadium vom Arzte gar nicht genau festgestellt werden können. Man wird zugeben, wie soll da der Kollege bei der Aufnahme erklären: Ich bin gesund. Ich habe in einer Heilanstalt Lungenkranke kennen gelernt, deren Zustand sich bedeutend gebessert hatte. Alle äußeren Symptome waren fast gänzlich geschwunden. Niemand wird bestreiten, daß diese Leute mit dem ruhigsten Gewissen erklären: ich bin gesund. Wie viele Menschen gibt es, die immer wieder husten; das hört auch wieder auf Monate hinaus auf und kommt dann wieder. Die Leute sagen, ich habe mich erkältet, oder ich habe Katarrh; sie selbst und andere glauben es und doch sind sie schon unheilbar krank. Der aufgeklärte und vielbelesene Arbeiter aber wird in solchen Fällen genauer Bescheid wissen, und ihn stellt man hier vor eine furchtbare Gewissensfrage. Darin steckt das große Unrecht. Ich erwähne auch gar nicht die oft sehr langsamen und nicht erkannten Herzleiden, Nierenleiden, Magenleiden 2c. Also nur fort mit diesem Passus. Bei einer Karenzzeit von 52 Wochen — die ich übrigens für richtig halte — ist der Passus auch vollständig überflüssig.

Die Praxis, nur Gesunde aufzunehmen, ist unmoralisch, sagte einmal der Arbeitersekretär Gräf, zugleich Vorsitzender der Ortskrankenkasse in Frankfurt. Ich habe noch ein schlimmeres Wort dafür. Die eben genannte Ortskasse hat auch für ihre Mitglieder eine Zuschußkasse errichtet, in die jeder, gesund oder krank aufgenommen wird. Was da möglich, sollte auch bei uns möglich sein. Glaubt man aber mit dem alten Zustand auskommen zu können und will man die Klausel nicht aufheben, dann fordere man einfach aber ein Statut, daß jeder Eintretende ein ärztliches Attest beibringen muß. Meine obigen Darlegungen werden den Beweis geliefert haben und die Vertreter auf der Generalversammlung veranlassen, etwas genauer darüber nachzudenken. Sehr sympathisch ist mir die Einrichtung der Schneider und der Vorstand sollte prüfen, ob es nicht möglich wäre, dieselbe auch bei uns einzuführen.

Meister.

Bericht der Agitations-Kommission für Süd-Bayern

für das Jahr 1899.

Die Kommission wurde im Februar 1899 in München gewählt und hatte eine arbeitsreiche wenn auch weniger erfolgreiche Thätigkeit zu bestehen. In der Fabrik von Heymann in Pasing brachen kurz nach der Wahl der Kommission Differenzen mit den Stepperinnen aus, welche jedoch nach mehrmaligen Unterhandlungen zur Zufriedenheit der Stepperinnen beigelegt wurden. Kaum vier Wochen danach ging es in derselben Fabrik wieder wegen Ab- an der Bimsmaschine los, weswegen auch mehrere Unterhandlungen gepflogen wurden, jedoch mit negativem Erfolg. Acht Wochen später wurden daselbst wieder unsre drei tüchtigen Kollegen B., W. und H. angeblich wegen Arbeitsmangel gekündigt, in Wirklichkeit hatte aber der in Pasing berühmt gewordene Reisende Ehrensberger seine Hände im Spiel, welcher durch die Entfernung der drei tüchtigen und schon lange organisierten Kollegen gedachte, eine der bekannten „Lohnregelungen“ vornehmen zu können. Nach längeren Unterhandlungen, bei denen auch der schon bereit gelegene „Lohntarif“ zurückgewiesen wurde, gelang es der Kommission durch einen guten Schachzug mit Ehrensberger, welcher die Vollmacht des Herrn Heymann hatte, die Kündigung rückgängig zu machen. Mittlerweile hatten wir mit Herrn Albert Regensteiner in Pasing zu thun, weil er den Arbeitern alle Fenster verstreichen und vergittern lassen wollte und ihnen noch sonstige gute Dinge verschaffen wollte. Mit Hilfe des Herrn Fabrikinspektors Pölath gelang es uns, unsre Kollegen vor solcher Zuchthaus-Idille zu bewahren. Nun brach der lange, wegen der schlechten Zeit zurückgehaltene Streik bei Heymann aus. Obwohl Ehrensberger von H. den wohlverdienten Fußtritt erhielt und plötzlich entlassen wurde, wollte H. dennoch einen Tarif einführen, wie er niedriger nicht gedacht werden kann, worauf sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen (45) die Arbeit niederlegten. Nach achtwöchentlichem Kampfe, innerhalb welcher Zeit kein einziger „Arbeitswilliger“ gefunden wurde und unsre Kollegen fest standen, wurde nach zahllosen Verhandlungen, bei welchen drei Mal der Fabrikinspektor und Kollege Siebert mitwirkten, ein Tarif

vereinbart, unter welchem die Arbeit aufgenommen werden konnte. Rühmend sei hierbei das korrekte und neutrale Verhalten der Pasinger Behörde erwähnt, welches dieselbe in der ganzen Zeit des Kampfes an den Tag gelegt hat.

Außer einer großen Zahl von Fabrikversammlungen in München, Pasing und Augsburg fanden noch zehn öffentliche und zwar drei in München, zwei in Pasing, drei in Augsburg und je eine in Reichenhall und Hausham statt. Die Augsburger Filiale nahm infolge der regen Agitation einen erfreulichen Aufschwung, so daß die Zahlstelle von 6 auf 80 Mitglieder stieg.

In Traunstein scheiterte der Versuch, Boden zu fassen, an der geringen Zahl der dort beschäftigten Kollegen, während Reichenhall ebenfalls im Sommer einen schönen Zuzug von Mitgliedern hatte, welche aber leider am Ende der Saison immer wieder abreisen, so daß die dortigen Kollegen jedes Frühjahr mit voller Kraft von vorne anfangen müssen. Landshut, Passau und Straubing 2c. sollen dieses Jahr bearbeitet werden.

Zur Zeit sind wir daran unsern vor drei Jahren errungenen Tarif, welcher teilweise verloren ging, wieder zur Geltung zu bringen und sind die Vorarbeiten dazu in vollem Gange. Ferner hoffen wir, daß eine hiesige, früher sehr gut organisierte Fabrik, welche jetzt vieles zu wünschen läßt, in diesem Jahre wieder voll und ganz uns zur Seite steht.

Eingegangen bei der Kommission sind 31 Briefe, 6 Karten und 6 Telegramme; abgesandt wurden 28 Briefe, 10 Karten und 4 Telegramme.

Nachstehend geben wir noch den Kassenbericht bekannt und bitten die Kollegen, uns auch bei der uns im laufenden Jahre harrenden Arbeit nicht nur moralisch, sondern auch finanziell kräftig zu unterstützen, damit wir nicht immer Zuschuß von der Zentralkasse fordern müssen.

Einnahmen:

Kassenbestand bei der Uebernahme	89,09	Mk.
Vom Hauptvorstand erhalten	379,14	„
Durch Sammellisten 2c.	67,35	„
Summa	535,58	Mk.

Ausgaben:

Für Inserate	29,15	„
Druckkosten	34,40	„
Für Zeitversäumnis	37,—	„
Agitation nach auswärts	189,69	„
Zuschuß für den Einkassierer	135,—	„
Porto und sonstiges	15,16	„
Summa	440,40	Mk.

Einnahmen	535,58	Mk.
Ausgaben	440,40	„
Kassenbestand	95,18	Mk.

Bericht der Agitations-Kommission für Baden und die Pfalz.

Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1899 bis 31. Dezember 1899. In dieser Zeit gingen ein 70 Briefe, 30 Postkarten, 3 Telegramme und 20 Postanweisungen. Die Geschäfte an den Vorstand sowie an die Zahlstellen wurden erledigt durch 63 Briefe, 39 Postkarten, 2 Telegramme und 1 Postanweisung. Zahlstellen wurden vier gegründet und zwar in Kandel, Bruchsal, Durlach und Frankenthal. In Wiesloch, Bretten, Weißenburg, Hauenstein und Wilgartswiesen traten wir mit den Kollegen in Verbindung, doch ohne Erfolg. Sitzungen fanden 7 statt, Versammlungen wurden 13 abgehalten, 4 von Mitgliedern der Agitations-Kommission und 9 von Kollegen R. Weise auf einer Agitationstour, welche derselbe auf Veranlassung der Agitations-Kommission unternahm. Revidiert wurde auf Wunsch des Zentralvorstandes in Neustadt und Mannheim. Differenzen waren ausgebrochen in Blieskastel, Mannheim, Metz, Speyer und Durlach. Von den beiden ersten erhielten wir keine Nachricht, die andern wurden durch Vermittlung zu gunsten der Kollegen erledigt. Auf der letzten Konferenz in Karlsruhe wurde, da der Bezirk zu groß war, beschlossen, für die Hinterpfalz und Elsoß-Lothringen einen eigenen Bezirk zu gründen. Den Bericht ausführlicher zu geben, ist unmöglich, da der seitherige Vorsitzende, Kollege Herrmann, von hier wegzog, ohne einen Bericht zu geben und auch trotz Aufforderung bis jetzt keinen gegeben hat, wir somit bloß auf diese kurzen Notizen angewiesen waren.

Abrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1899.

Einnahmen:

Für den Streikfonds eingegangen von Karlsruhe	3,20	Mk.
„ „ „ „ „ Pirmasens	12,70	„
„ „ „ „ „ Blieskastel	1,30	„
„ „ „ „ „ Speyer	48,40	„
Summa	65,60	Mk.
Kassenbestand	31,97	Mk.
Von der Zahlstelle Karlsruhe	17,—	„
„ „ „ Kaiserslautern	5,80	„
„ „ „ Pforzheim	3,—	„
„ „ „ Pirmasens	16,15	„
„ „ „ Speyer	29,75	„
„ „ „ Blieskastel	2,15	„
„ „ „ Neustadt	3,40	„
„ „ „ Freiburg	3,—	„
„ „ „ Mannheim	10,—	„
„ „ „ Ladenburg	5,60	„
„ „ „ Heidelberg	6,—	„
„ „ „ Durlach	4,40	„
„ „ „ Bruchsal	3,40	„
„ „ „ Kandel	1,70	„
„ „ „ Straßburg	8,—	„
„ „ „ Ludwigshafen	2,40	„
Durch Sammlung auf der Konferenz	1,05	„
Ueberschuß einer Revision	2,—	„
Summa	156,77	Mk.

Ausgaben:

An den Streikfonds gesandt	54,15	Mk.
Bleibt Rest	11,45	„
Für Agitation	74,60	Mk.
Revision der zwei Zahlstellen	8,70	„
Entschädigung für Zeitversäumnis	9,90	„
Vergütung an den Vorsitzenden Herrmann	6,—	„
„ „ „ Kassierer Ahlert	2,—	„
Diäten zur Konferenz	15,—	„
Telegramme	4,25	„
Porto für Briefe, Postkarten u. s. w.	10,47	„
Für Geldsendungen	2,—	„
Kouverts, Papier	1,48	„
Summa	134,40	Mk.

Gesamt-Einnahmen	156,77	Mk.
Gesamt-Ausgaben	134,40	„
Bleibt ein Ueberschuß von	22,37	Mk.

Agitations-Kommission der Schuhmacher für Baden und die Pfalz.

A. Ahlert, Vorsitzender, Speier, Schöngasse 10.
J. Schmitt, Kassierer, Speier, Pallantsgasse 1.

Soziale Rundschau.

Der Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes durch die Agrarier hat begonnen. Der Reichstag hat mit großer Mehrheit den Beschlüssen seiner Kommission betreffend das Fleischaugesetz zugestimmt, wonach vom 31. Dezember 1903 ab jede Fleischeinfuhr, mit Ausnahme von Speckseiten und Schmalz, in Deutschland verboten sein soll! Wie schon in der Kommission, so erklärte auch im Reichstage der Regierungsvertreter den Beschluß als „sehr bedenklich“, allein trotzdem wurde er mit großer Mehrheit gefaßt. Eine ganze Reihe von Handelskammern sowie Unternehmer-Organisationen richteten an den Reichstag wie an die Regierung Eingaben gegen den wahnwitzigen Vorschlag, allein trotzdem ging er durch. Wird der Beschluß vom Reichstag auch in der dritten Lesung aufrecht erhalten, so liegt es an der Regierung, die von ihr betonten schweren Bedenken geltend zu machen und das Gesetz abzulehnen. Tut sie das nicht, stellt sie das Interesse der agrarischen Beutezügler über das Gesamtinteresse des Volkes und stimmt sie dem Gesetze zu, so geht die deutsche Arbeiterschaft schweren und teuern Zeiten sowie einem Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika entgegen, der gleichbedeutend mit der Beendigung der wirtschaftlichen Prosperität und mit der Proklamation der Krise ist. Die Amerikaner rüsten bereits.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterschutz wird während der Weltausstellung in Paris abgehalten werden. Die Einberufer sind die bürgerlichen Sozialreformer, die im Jahre 1897 den Brüsseler Kongreß in Scene setzten; deutscherseits ist im Komitee der Herr von Berlepsch vertreten. Die Tagesordnung ist vom Ausschuß wie folgt festgesetzt: 1. Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit: Vergleichende Studien über die Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern in Bezug auf Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen und Erwachsene; wünschenswerte Reformen und Weiterbildung. Möglichkeit eines gleichen, gesetzlichen Maximalarbeitstages in den hauptsächlichen Industriestaaten. 2. Verbot der Nachtarbeit: Folgen der Nachtarbeit. Stand der Gesetzgebung. Möglichkeit des absoluten Verbots für die verschiedenen Kategorien von Arbeitern und für die einzelnen Industriezweige. Notwendigkeit einer internationalen Verständigung. 3. Fabrikinspektion: Studium der Organisation in den verschiedenen Ländern. Vorteile und Nachteile der einzelnen Organisationstypen. Bisherige Erfolge. Mitarbeit der Arbeiter am Aufsichtsdienst als Delegierte der Hilfsinspektoren. Kontrolle durch die Gewerkvereine. 4. Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz. Nützlichkeit einer solchen Vereinigung für die Weiterbildung der Gesetzgebung, Aufgabe und Organisation der Vereinigung.

Sozialreform im Großherzogtum Hessen. Die Regierung in Darmstadt hat die Einrichtung einer besondern Ministerialabteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe beschlossen. Zur Beratung oder Bearbeitung wichtiger Fragen, welche die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter betreffen, „wird die Ministerialabteilung auch Personen aus dem Kreise der Arbeitnehmer zuziehen“. Die Wahl solcher Arbeitervertreter soll durch Gewerbegerichte erfolgen. So selbstverständlich die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern und andern Personen erscheint, so sind bekanntlich die Verhältnisse in dieser Richtung noch ungemein rückständig und ist daher jeder weitere Fortschritt zu begrüßen.

Ein Teil der Produktionsstatistik, nämlich ihre Schlußergebnisse, werden nun doch vom Reichsamt veröffentlicht, trotz der bisherigen fürchterlichen Geheimtuerei. Für die Textil-, Montan- und Eisenindustrie sind sie bereits publiziert worden, man darf nun erwarten, auch etwas über die Produktion der Schuhindustrie zu erfahren.

Die Rendite der Schuhindustrie. Die Lederfabrik, Aktiengesellschaft, vorm. Jonas Eyck u. Straffer, schlägt bei etwa doppelten Abschreibungen (i. V. 28630) eine Dividende von 12½ Prozent vor gegen 10 Prozent im Vorjahre.

Um die baldige Erledigung des Berliner Tischlerstreiks bemüht sich das dortige Gewerbegericht als Einigungsamt. Möge es dabei Erfolg haben. — Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bereitet offenbar auf der ganzen Linie einen vernichtend sein sollenden Streik gegen die organisierten Maurer vor. Aus Italien und Oberschlesien, diesen unerschöpflichen Proletarier-Reservoiren, sollen die Streikbrecher bezogen werden. Die sozialistische Arbeiterpresse Italiens warnt aber die dortigen Arbeiter vor dem Zuzug nach Deutschland sowie nach der Schweiz und nach Osterreich. — Die Arbeiter der badischen Staatsbahn stehen in einer Lohnbewegung. Sie verlangen Lohnerhöhung von 10 Prozent, Arbeiterausschüsse, Fürsorge für ältere Arbeiter und 40 Pf. für Ueberstunden.

Internationale Streikstatistik. Im Januar gab es Streiks: in Deutschland 45, Oesterreich-Ungarn 17, Schweiz 2, Belgien 14 mit 2602 Arbeitern, Frankreich 65 und England 37 mit 11305 Arbeitern.

Der Verband der deutschen Buchdrucker hatte im vierten Quartal 1899 eine Einnahme von 507719,77 Mk., der eine Ausgabe 310819,35 Mk. gegenübersteht. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1899 2544953 Mk bei einer Mitgliederzahl von 26726.

Der große Streik der österreichischen Bergarbeiter dauert fort. Die aus Hungern und Darben gewohnten Leute halten aus, bis sie siegen.

Mitteilungen.

Bremen. Am Montag, den 26. Februar tagte hier im Ballhause eine gut besuchte öffentliche Schuhmacherversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Gewerkschaftsbewegung und die Lage der deutschen Schuhmacher; 2. Vorlegung des neuen Lohntarifes; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkte hatte Kollege Baerer aus Hamburg das Referat übernommen und wurde derselbe seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise gerecht. Nach dem Vortrage fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 26. Februar von zirka 250 Personen besuchte öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt sich mit dem Referenten voll und ganz einverstanden. Sie sieht den Verein deutscher Schuhmacher als denjenigen Faktor an, welcher allein in der Lage ist, seinen Mitgliedern eine bessere Existenz zu verschaffen und verspricht durch unaufhörliche Agitation dem Verein immer mehr Mitglieder zuzuführen“. Hierauf fand die Verlesung des neuen Lohntarifes statt, da derselbe schon vorher in einer Mitgliederversammlung beraten war, fand hierüber eine wesentliche Diskussion nicht statt. Von einem anwesenden Arbeitgeber wurde bemerkt, daß die Forderungen der Gehilfen wohl gerechtfertigt wären und dieselben wohl akzeptiert würden, wenn sie nicht durch die Schmutzkonkurrenz der Schnellbesohlereien und durch diejenigen Arbeitgeber, welche ihre Gesellen noch in Kost und Logis hätten, daran gehindert würden, höhere Preise zu erzielen. Demgegenüber wurde angeführt, daß hier die Innung selber Wandel schaffen möchte, denn obwohl derartige Arbeitgeber vom Arbeitsnachweis des Vereins keine Arbeiter bekommen, erhielten sie vom Innungsarbeitsnachweis welche zugeschickt. Desgleichen entnahten unsere Forderungen diesmal, wie auch bei der letzten Lohnbewegung, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. Dieser Punkt wurde sodann erledigt durch Annahme folgender Resolution: „Die heutige am 26. Februar tagende öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt sich mit dem vorgelegten Lohntarif einverstanden und verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für die Einführung desselben einzutreten. Die Versammlung fordert ferner die Lohnkommission auf, den Tarif sowie die übrigen Forderungen der hiesigen Schuhmacherinnung mit dem Ersuchen zu übermitteln, daß dieselbe ihre Stellungnahme dazu der Lohnkommission mitteilen möge“. Hierauf forderte der Vorsitzende die Versammelten zum festen Zusammenstehen auf und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Erfurt. Vor einiger Zeit stand ein Artikel im „Fachblatt“, welcher die Verhältnisse in der deutschen Schuhfabrik, sowie die Handlungsweise des Fabrikanten den organisierten Arbeitern gegenüber schilderte. Längere Zeit darauf legte der Fabrikant den betreffenden Arbeitern einen Revers vor, welchen dieselben unterschreiben sollten. Der Revers besagte, daß die Angaben in dem Artikel teils unwahr seien und widerrufen werden sollten. Dem gegenüber kann hier konstatiert werden, daß man noch verschiedene solcher Artikel veröffentlichen müßte, um überhaupt ein ganzes Bild von den thatsächlichen Verhältnissen, wie sich dieselben nach der damaligen Lohnbewegung resp. Streik abspielten, zu bekommen. Die Arbeiter lehnten dies ab, da sie Unwahrheiten in diesem Bericht nicht konstatieren konnten. Die letzte Mitgliederversammlung nahm hierzu folgenden Antrag einstimmig an: Die heutige Mitgliederversammlung spricht den Kollegen der deutschen Schuhfabrik für ihre prinzipielle Haltung dem Fabrikanten gegenüber ihre volle Sympathie aus, und erwartet auch ferner von ihnen, ein solches Ansinnen des Fabrikanten in diesem gerechten Sinne zurückzuweisen.

Flensburg. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Generalversammlung. Betreffs der obligatorischen Einführung der Krankenzuschuß- und Arbeitslosenunterstützungskasse, wie sie auf mehreren Konferenzen und in verschiedenen Zahlstellen besprochen worden ist, war man der Ansicht, daß, wenn man einen diesbezüglichen Schritt unternehmen würde, derselbe für die Organisation recht verhängnisvoll werden könne. Die Beiträge müßten doch erheblich erhöht werden und diejenigen Mitglieder, welche nur kleine und mittlere Löhne verdienen, würden die hohen Beiträge bei dem besten Willen nicht bezahlen können und außerdem, sich von den hier in Frage kommenden Unterstützungskassen keinen Nutzen versprechend, der Organisation, wenn auch nur widerwillig, den Rücken kehren. Die Leistungsfähigkeit der Kollegen auch gegenüber der Gewerkschaft habe ihre Grenzen, welches die Kollegen auf der Generalversammlung doch nicht außer Acht lassen möchten. Ein Antrag zur Generalversammlung, die Kassen in der jetzigen Form bestehen zu lassen, fand denn auch einstimmige Annahme. Ein weiterer Antrag wurde angenommen, daß solche Mitglieder, welche wegen restierender Beiträge ausgeschlossen sind, bei ihrer Wiederaufnahme für vier Wochen nachzahlen sollen. Mit dem Vorschlage des Kollegen Dittmar-Charlottenburg, die Beiträge der Mitglieder je nach dem verdienten Lohn, also klassenweise einzuführen, konnte man sich weder prinzipiell noch taktisch einverstanden erklären. Noch einige weitere Anträge wurden angenommen, die wir auch der Generalversammlung zur Berücksichtigung überweisen werden.

Gmünd. Die am 28. v. M. stattgefundene Versammlung hatte als Hauptpunkt die Statutenänderungen und Anträge des Zentralvorstandes zur Generalversammlung auf der Tagesordnung. In längerer Debatte wurden namentlich die §§ 6 und 17 einer eingehenderen Besprechung unterzogen und wurde die Ansicht vertreten, daß § 6 in seiner jetzigen Fassung beibehalten werden solle, da ein krankes Mitglied den Nachlaß des Beitrages ebenso brauchen könne, wie ein in Haft befindliches. Die vorgeschlagene Neuformulierung des § 17 wurde gutgeheißen, jedoch nur als Absatz 1 — 2 und 3 sollen beibehalten werden. Zum Statut der Krankenzuschußkasse wurde bei § 3 für Beibehaltung der zwei Klassen wie seither gesprochen. Die Fassung des Absatz 5 im § 3 wurde als unklar bezeichnet. Bei § 4 war man allgemein der Ansicht, daß eine Karenzzeit von 52 Wochen nicht geeignet sei, der Kasse Mitglieder zuzuführen und wurde eine Karenzzeit von 26 Wochen als das Höchstmaß dafür bezeichnet. Wir bitten den Delegierten des 5. Wahlkreises von obigem Notiz zu nehmen und in der Generalversammlung zu vertreten.

Leisnig. Die am 2. März stattgefundene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Anträgen des Zentralvorstandes zur Generalversammlung. Beim § 3, Abs. 2 entspann sich eine lebhafte Debatte; es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß es Unrecht ist, von derartigen Mitgliedern die Beiträge anzunehmen, ihre aber vielleicht schon längere Jahre bezahlten Beiträge nicht anzurechnen. Desgleichen wurde § 3, Abs. 3 einer herben Kritik unterzogen. Es wurde von mehreren Mitgliedern betont, daß heutte die Arbeiterbewegung international sei, und es deshalb nicht angebracht wäre, Ausländer und Mitglieder von Lokalvereinen so stiefmütterlich zu behandeln. Im Gegenteil, man müßte es den Lokalvereinen leicht machen, unserm Verein beizutreten. Auch das Streichen im § 6, Abs. 1, Zeilen 3 und 7 wurde nicht als dem Verein fördernd bezeichnet, da derartige Mitglieder schließlich ihre Beiträge nicht bezahlen könnten, sie würden dann ausgeschlossen und wir müßten später wieder an dieselben herantreten, damit sie sich wieder aufnehmen lassen. Auch die Neuformulierung § 6, Abs. 2 wurde nicht gut geheißen. Es sprachen dann noch mehrere Mitglieder gegen § 11 Abs. 5 des Vorstandsantrages. Auch gegen den § 11, Abs. 6 sprachen sich sämtliche Redner aus. Bei § 19, Abs. 3 wurde betont, daß durch diese Neuerungen die kleinen Zahlstellen mit ihren Wünschen immer mehr verdrängt würden. Sämtliche hier besprochenen Anträge des Zentralvorstandes wurden abgelehnt und der erste Bevollmächtigte ersucht, den Delegierten des 49. Wahlkreises davon in Kenntnis zu setzen. Es wurde dann noch der Antrag zur Krankenzuschußkasse gestellt, die Karenzzeit wieder herabzusetzen. Nach Besprechung einiger nebensächlicher Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Ohrdruf. In einer der letzten Nummern unsres „Fachblattes“ beschwert sich Kollege Köllner in Ilversgehofen, vordem hier, bitter über das unkollegiale Verhalten des hiesigen frühern Vorstandes und fordert Aufklärung über einen Vorfall, welcher, wenn er wahrheitsgemäß berichtet wurde, keiner Erwiderung bedurfte. Kollege K. hätte vielmehr alle Ursache, das Vergangene ruhen zu lassen und seine Thaten als Mitbegründer unsrer Filiale nicht an die große Glocke zu hängen, denn was die Arbeit als Schriftführer oder Kassierer bei oft nur zehn bis zwölf Mitgliedern betrifft, so wird sich wohl jeder aufgeklärte Kollege, welcher es ernst meint mit unsern Bestrebungen, gern dieser Pflicht unterziehen und nicht gezwungen, sondern nur mit Freude die Versammlungen besuchen. Die von mir gethanen Aeußerungen waren nicht anders, als wie es das Statut zuläßt, wenn sie von Zwischenträgern zweideutig zugetragen wurden, so kann ich nicht dafür. Daß ich meine Pflicht gethan habe, gibt er ja selbst zu, wenn er aber weiter behauptet, wir hätten seinen Antrag, ihm ein Darlehn von 30 Mk. aus der Kasse zu bewilligen, indem seinem Gesuch um Unterstützung vom Zentralvorstand noch nicht entsprochen war, nicht stattgegeben, so ist das eine direkte Lüge. Sollte Kollege Köllner den Schuldschein über 30 Mk., welchen er unterschrieben und der an den Hauptvorstand in Nürnberg abgegangen ist, schon vergessen haben? Jedenfalls war es nicht nach seinem Wunsch, nachdem er von mir schriftlich aufgefordert wurde, vor seinem Wegzug sein Amt abzugeben, da der neue Kassierer nicht bloß Papier und Bücher, sondern auch die Kasse sehen wollte; daß wir dabei etwas hart aneinander gerieten ist wohl klar, indem wir das Vereinsgeld nicht dazu betrachten, daß damit jeder schalten und walten kann. Trotzdem mußten wir in den sauren Apfel beißen, da wir diese 30 Mk. überhaupt nicht gesehen haben und er auch die Kasse erst später nach seinem Wegzug regeln wollte. Nun sind ihm vom Hauptvorstand 20 Mk. als Umzugsunterstützung bewilligt worden, 3,75 Mk. sind durch Umstände wieder in unsre Kasse gelangt, so daß wir noch 6,25 Mk. zu erhalten haben und bitten Kollegen K., dieselben nicht zu vergessen. Wenn er weiter schreibt, daß wir ihm im Falle einer Bewilligung von nur 20 Mk. aus der Zentralkasse, 5 Mk. aus unsrer Lokalkasse verweigert hätten, so wußte doch Kollege Köllner besser wie wir, wo das Geld war, da er auch hier schon persönlich, ohne unser Wissen, darüber verfügt hatte. Ein schriftlicher Antrag an den jetzigen Vorstand von ihm hätte aber sicher in einer Versammlung Berücksichtigung gefunden. Im Uebrigen lassen uns die Anzapfungen des Kollegen K. sehr kühl und unser Grundsatz bleibt noch immer derselbe, nur für Wahrheit und Recht. Dies zur Richtigstellung.

Gustav Helter.

Strausberg. Am 5. März nahmen 57 Arbeiter aus der Schuhfabrik von Max Tack die Arbeit nicht wieder auf. Die Gründe hierzu waren folgende: Am 19. Februar wurden dem Vertreter der Firma, Herrn Behrendt, schriftlich die verschiedenen Lohnforderungen seiner Arbeiter durch den Fabrikausschuß vor-

gelegt. Wir wiesen in dem Schriftstück gleich darauf hin, daß wir zu jeder gütlichen Verhandlung bereit seien. Daraufhin teilte Herr Behrendt im Arbeitsraum mit, daß der Ausschuß der Arbeiter aufgelöst sei und daß er sich in Verhandlungen mit den Arbeitern nicht einlasse. Hierauf wurden von diesem Herrn 18 Zwicker gekündigt und gleichzeitig die Arbeitszeit um 3½ Stunden täglich verkürzt. Der Ausschuß wurde von den Arbeitern einstimmig wiedergewählt und Herrn B. schriftlich übermittelt, daß wir uns mit den gekündigten Arbeitern solidarisch erklärten und reichten am 24. Februar unsre Kündigung ebenfalls ein. Die Verkürzung der Arbeitszeit führte Herr B. auf den Mangel an Kohlen zurück, was jedoch nicht der Fall war. Am Donnerstag, den 1. März versuchte der Ausschuß noch einmal mit dem Herrn zu verhandeln, wurde auch angehört und mit der Erklärung abgefertigt, daß wenn der Ausschuß vorschriftsmäßig gewählt würde, er denselben auch anerkennen werde. Wir entsprachen auch diesem Wunsch und stellte sich nun der neu gewählte Ausschuß Herrn B. vor. Nun erklärte dieser Herr, daß er auch nicht mit diesem Ausschuß verhandle und entließ am Nachmittag sämtliche Ausschußmitglieder. Bei der Lohnzahlung stellte sich ferner heraus, daß den im Wochenlohn stehenden Arbeitern unrechtmäßig der Lohn um 12 Stunden gekürzt war, ebenso erhielten die Accordarbeiter keine Entschädigung für die Verluste, die sie im Laufe der Woche gehabt hatten. Hierauf wurde von den 57 Arbeitern beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis folgende Forderungen bewilligt werden: 1. Wiedereinstellung der entlassenen Ausschußmitglieder; 2. Anerkennung des Ausschusses; 3. Zurücknahme der Kündigung bei den Zwickern; 4. Aufnahme von Verhandlungen über die von uns gestellten Lohnforderungen. Der Herr Direktor will das nicht anerkennen, sondern er will mit jedem einzelnen Arbeiter verhandeln.

Rodalben. Der Artikel unter „Pirmasens" in Nr. 10 des „Fachblattes" bedarf einer Berichtigung dahin, daß derselbe unter „Rodalben" hätte erscheinen müssen. Da auch in Pirmasens Schuhfabriken gleichen Namens existieren, so könnte dies zu unliebsamen Irrtümern führen.

Herr Fabrikant Simon Schmidt in Pirmasens ersucht gleichfalls mitzuteilen, daß er nicht mit dem in Nr. 10 unter „Aus unserm Beruf" erwähnten Schmidt identisch sei.

Verein deutscher Schuhmacher.

Verloren wurden die Bücher und werden hiermit für ungültig erklärt: Anton Gleß, geb. 27. April 1869 in Hagenau, eingetreten in Straßburg i. El. am 18. Sept. 1899; Nr. 32619, Heinr. Steinmetz, geb. 21. August 1877 zu Bockenheim, eingetr. in Burg am 29. August 1897; Nr. 20389, Karl Polainski, geb. 20. Juli 1879 zu Cobronil, eingetreten am 22. August 1899 in Frankfurt a. M.; alte Nr. 20719, Franz Schmitt, geb. 8. August 1868 zu Waldenburg, eingetr. in Pasing am 19. November 1895; alte Nr. 44194, Joh. Ebert, geb. 12. März 1878, eingetr. in München am 9. April 1899; alte Nr. 29587, Johann Gohl, eingetr. in Sontheim am 4. März 1899; Paul Fuhrmann, geb. am 12. Juli 1878 zu Malnow, eingetr. in Quedlinburg am 5. September 1898.

Der Vorstand.

Agitationskommission für Baden und die Pfalz.

Diejenigen Zahlstellen, welche das von uns versandte Zirkular noch nicht beantwortet haben, ersuchen wir sobald als möglich dem nachzukommen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß bei ausgebrochenen Differenzen sofort Mitteilung an uns zu machen ist und verweisen wir die Zahlstellen auf den Abs. 2 des Reglements für die Agitationskommission.

Ferner ersuchen wir die Zahlstellen des Bezirks, die Sammellisten für den Streikfond baldmöglichst einzusenden. Alle Gelder sind an J. Schmitt, Speyer, Pollentsgasse 1 einzusenden.

A. Ahlert, Vorsitzender, Schöngasse 10.

An die Filialen von Nordwest-Deutschland.

Oertlicher Umstände halber konnte die Neukonstituierung der Agitationskommission erst jetzt erfolgen, und geben wir daher bekannt, daß alle Briefe und Anfragen an den Vorsitzenden C. Schaumburg, Hamburg, Bankstraße 43, alle Gelder aber an den Kassierer Fr. Kummerow, Danielstraße 31, Haus 1, pt. zu addressieren sind.

Gleichzeitig bitten wir aber die Filialverwaltungen nunmehr etwas energischer und regelmäßiger die Kommission zu unterstützen und insbesondere regelmäßiger als bisher die vierteljährigen Situationsberichte einzusenden. Die leider auch diesmal nicht von allen Zahlstellen beschickte Konferenz hat ferner beschlossen, daß pro Mitglied und Quartal für Zwecke der Kommission 5 Pfg. an die Kommission abgeführt werden sollen und indem wir den Hinweis hierauf wiederholen, schlagen wir den kleineren Zahlstellen vor, diesen Betrag eventuell bei den vierteljährigen Berichten in Briefmarken beizulegen. Wir werden die Filialen, welche in Zukunft den auferlegten Verpflichtungen nur lässig oder gar nicht genügen, stets veröffentlichen. **Die Agitationskommission.**

An die Kollegen des Agitations-Bezirks Chemnitz.

Den Kollegen zur Nachricht, daß in der Versammlung der Zahlstelle Chemnitz folgende Kollegen in die Agitations-Kommission gewählt worden sind: Max Jentzsch, Vorsitzender und Kassierer, Max Fischer, Schriftführer, Paul Häuser, Johann Sachs und August Uhlmann.

Wir ersuchen die Kollegen allerorts, die Kommission jederzeit nach bestem Können zu unterstützen, damit am Schlusse des Jahres wiederum ein Vorwärts zu verzeichnen ist.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß überflüssige Geldmittel in den Zahlstellen an die Kommission einzusenden sind, um der Agitation mehr Nachdruck verleihen zu können.

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an den Unterzeichneten zu richten. Die Agitations-Kommission.

J. A.: Max Jentzsch,
Chemnitz, Limbacherstraße 43, III.

Magdeburger Agitationsbezirk.

Den Zahlstellen sowie allen in unserm Bezirk liegenden Ortschaften hiermit zur Kenntnis, daß alle Gelder und Briefe an den Vorsitzenden der Agitationskommission, Kollegen Aug. Fabian, Jakobstraße 49, „Volksstimme", zu richten sind.

Wir bitten, die auf der Magdeburger Konferenz ausgesprochenen Wünsche beherzigen zu wollen.

Die Agitationskommission Magdeburg.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(E. H. Nr. 91 Hamburg.)

In der Sitzung des Vorstandes am 7. März 1900 sind die folgenden Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, nach § 5 al. a des Statuts aus der Kasse ausgeschlossen worden: Karl Schweer 19485, A. Hauer 7364, Fr. Borchers 11894, Karl Seibert 15206, R. Balbach 18864, Jak. Ulmer 16305, H. Claussen 18944, M. Kumb 19359, P. Prüßmann 6930, Karl Dannemann 15643, H. Schütt 16922, H. Dechow 16910.

Hamburg, den 10. März 1900.

J. Zaske, Vorsitzender.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 24. Februar bis 10. März: Ohrdruf 100,—, Rembrücken 30,—, Kornwestheim 80,—.

Summa 210,— Mk.

Zuschuß erhielten: Heusenstamm 200,—, Offenbach 400,—, Löbnitz 25,—, Mainz 700,—, Heidelberg 50,—, Oberbilk 100,—, Berlin 300,—, Schmalkalden 100,—, Lämmerspiel 80,—, Coblenz 50,—, Ulm 30,—, Zuffenhausen 100,—, Seligenstadt 60,—, Kannstatt 150,—, Homburg 30,—, Obertshausen 60,—, Heidenheim 100,—, Niederroden 50,—, Oppenheim 60,—, Rödelheim 50,—, Ladenburg 50,—, Hanau 100,—, Lüneburg 100,—, Groß-Borstel 50,—, Lauterecken 60,—, Hainstadt 100,—, Augsburg 200,—, Königsberg 100,—, Pforzheim 80,—, Haßloch 50,—, Hausen 100,—.

Summa 3685,— Mk.

Krankengeld an einzelne Mitglieder: Wald-Mühlhausen 22,80, Schulze-Bellingen 21,—, Enghardt-Mittweida 25,40, Orlopp-Nordhausen 16,50, Volk-Krombach 6,40, Kiehl-Lissa 7,10, Habermann-Boizenburg 21,63, Sturm-Langenburg 4,—, Gentzsch-Kappeln 6,—, Armbruster-Remscheid 31,30, Scheidler-Hohenwestedt 20,31, Stender-Rehna 39,25, Hauber-Marbach 19,60, Blankenburg-Mühlhausen 16,50, Schimmelmann-Malchow 15,25, Dax II-Niederelben 24,—, Mosbach-Camberg 18,—, Balzer-Neugensdorf 9,50, Zorn-Düsseldorf 110,10, Giermann-Stralsund 46,60, Schomacker-Cuxhaven 15,75, Reichelt-Sitzen 26,30, Petersen-Rendsburg 16,—, Zimmer-Fraustadt 33,70, Pusch-Sprottau 18,—, Rothardt-Wolfshagen 3,82.

Summa 594,81 Mk.

Hamburg, den 10. März 1900.

H. Ebel, Hauptkassierer, z.-Z.-N., Schönstr. 12.

Briefkasten.

A. S., Keischendorf. Der Bericht erscheint in nächster Nummer.

M., Wiesbaden. Brief kostete 20 Pfg. Strafporto, das wir nie gern zahlen. Gruß.

Schuhfabrikant Hermann, Heidelberg. Solange die Differenz zwischen Ihnen und Ihren Arbeitern nicht beigelegt, können wir dem Inserat Aufnahme nicht gewähren.

A. L., Düsseldorf. Der „Schuhmarkt" erscheint in Frankfurt a. M. Preis 2,50 Mk.

W. B., Bruchsal. Den Ausschluß müssen Sie erst dem Vorstand in Nürnberg mitteilen.

Redaktionsschluß

ist jeden Dienstag abend. Korrespondenzen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen **spätestens Montag abend oder Dienstag früh** in unsern Händen sein. Wichtige **Mitteilungen über Streiks** bitten wir uns bis **Dienstag nachmittag telegraphisch** zugehen zu lassen.

Briefe die Sonntag abend in Breslau, Lübeck, Stuttgart, München, Köln und weiter hinaus bei der Post aufgegeben werden, gelangen hier erst Dienstag morgen zur Ausgabe, was wir zu beachten bitten.

Die Redaktion.

Anzeigen.

Zahlstelle Altona.

Montag, den 19. März 1900, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Weißenfels.

Sonnabend, den 24. März, d. J.

Mitglieder-Versammlung.

Groitzsch.

Sonntag, den 25. März, nachmittags ¾4 Uhr im Saale des „Alten Schützenhauses"

Oeffentl. Versammlung d. Einzelmitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher.

Tages-Ordnung: 1. Delegiertenwahl. 2. Vortrag (Referent und Thema werden später bekannt gegeben). 3. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen wünscht **Der Einberufer.**

Verein deutscher Schuhmacher

Zahlstelle Flensburg.

Sonntag, den 18. März, abends 7½ Uhr im „Holsteinschen Hause"

XVII. Stiftungs-Fest und Bannerweihe

bestehend in **Konzert, Festrede** und **Ball.**

Entree für Herren 50 Pf. und für Damen 20 Pf.

Hierzu werden unsre Kollegen sowie die Kollegen der benachbarten Zahlstellen aufs freundlichste eingeladen.

Der Vorstand.

Die moderne Fußbekleidung.

Anatomisch-fachmännische Abhandlung über den menschlichen Fuß.

Spezielle Beschreibung der Trittspur und Umrißform. Das Verfahren des Fußabgypsens. Die Wirkungen der verschiedenen Absatzhöhen und die Anwendung des Fersenwinkel-Transporteurs 2c.

Allgemein verständlich bearbeitet

von Karl Probst.

Anhängend 8 Tafeln mit 25 erläuternden Zeichnungen

Preis 75 Pfennige.

Zu beziehen durch die Exped. d. „Fachblatt".

August Schwarzkopf, Erfurt,

Marktstraße 21,

Warenhaus für Schuhmacher und Sattler

Preisliste auf Wunsch gratis.

Wer sich im **Modellieren** sowie in der gesamten **Schäftebranche** gründlich ausbilden will, besuche nur die vom **Staate** empfohlene

Hannoversche Schuhmacher-Lehranstalt

von

Aug. Köster, Hannover, Leinstr. 6.

Prospekte gratis.

Nähmaschinen für Schuhmacher.

Spezialität: Elastic-Stahlarm-Maschinen mit solidem, haltbarem, kleinstem Kopf und neuestem geschweiften Arm.

Durch meine langjährige Thätigkeit und praktische Ausführung ist es mir gelungen, daß meine Maschine die stärkste wie auch die feinste Lederarbeit näht und vermittelst ihres kleinen Kopfes möglichst bis zur Sohle des kleinsten Schuhes heran arbeitet. Nachweislich arbeiten Hunderte von Maschinen, die ich vor 10 bis 15 Jahren lieferte, noch heute zur größten Zufriedenheit meiner werten Kundschaft und stehen mir Anerkennungen zur Seite.

5jährige Garantie! Billige Preise! Teilzahlungen gestattet.

Auch sind einige wenig gebrauchte Elastic zu haben.

Albert Oblgt, Berlin W.,

Segr. 1874 **Steinmetz-Straße 53.** Segr. 1874

Freunden und Genossen empfehle mein

Weiß- und Bayrisch-Bierlokal

nebst **Vereinszimmer** mit Piano für 40 Personen u. **Fr. Billard.** **Billigste Preise. — Gute Küche. — Gemütlicher Aufenthalt.**

Telephon-Amt 4a 6591.

Gustav Ladewig,

Berlin, Kommandantenstraße 65.

Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Unsern geschätzten Abonnenten liefern wir das

Neue Bürgerliche Gesetzbuch

nebst Einführungsgesetz (464 Seiten stark) zum **Vorzugspreise,** elegant gebunden **80 Pfg**

Expedition. d. Bl.

Die Lage der dtschn. Schuhmachergehilfen und deren

Aufgaben für die nächste Zukunft

Preis 25 Pf. Bei Abnahme von 10 Exemplaren à Stück 20 Pf.

Zur Agitation unentbehrlich.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Habe mich in **Frankfurt a. M.** niedergelassen. Erteile praktischen Unterricht, verende mein kompletes Werk zum Selbstunterricht von jetzt ab für 5,50 Mk. Bei Mehrbezug billiger.

C. Bundt, Gr. Gallusstraße 5 II.

Frühere Adresse: Mannheim, R 4 10.

Wegen Betriebsvergrößerung suche zum sofortigen Eintritt

einige gewandte Vorrichter

für bessere Arbeit sowie einen mit der Durchnähmaschine „Keats 4" und „Fischer Doppelmaschine" durchaus vertrauten

Näher und Doppler.

Chr. Palmtag, Schuhfabrik,
Schwenningen in Württemberg.

Tüchtige Zwicker,

hauptsächlich für Damen- und Herrenarbeit, sucht

Schuhfabrik Zerbst.

Zwicker.

Tüchtige Zwicker bei hohem Lohn gesucht.

Gebr. Endriß, mechanische Schuhfabrik,
Eislingen (Württemberg).

Ein selbständiger Zurichter

auf nur feinere Artikel wird gesucht. D. O.

Ein tüchtiger Zwicker (Täcker)

sucht Arbeit. Offerten unter **W. Q. 2001** postlagernd **Löbau i. S.**

Kollege **Oskar Hoppe** wo bist du? Bitte um deine Adresse.

Otto Müller, Waldheim i. S.,
Bismarckstr. 28, 1, links.

Redaktion, Druck und Verlag von H. Bock in Gotha.